

OB-Wahl 2017 – Themen Kerstin Lau

Handlungsmaxime

Als prosperierende Stadt gibt es in Darmstadt viele Themen, die von hoher Wichtigkeit sind. Für meine im folgenden skizzierten Schwerpunkte und für alle noch kommenden Projekte lassen sich meine Entscheidungen auf folgende Handlungsmaxime beschreiben:

Weniger Leuchtturmprojekte, mehr Bürgerservice

Die Mathildenhöhe als Weltkulturerbe wird sicher etliche Millionen Euro kosten, schon die Landesgartenschau kostet mehr als 10 Mio. Euro. Beides sind sicherlich schöne Projekte, aber dringlicher ist ein neues Berufsschulzentrum, die Sanierung des Nordbades, den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur und der Ausbau der Kinderbetreuung. Darmstadt hat 900 Mio. Euro Schulden und vom RP die Auflage bekommen, in den nächsten Jahren jedes Jahr 15 Millionen Euro Kassenkredite jährlich abzubauen. Sparen ist sicherlich nicht sexy und Politiker werden nicht dafür gewählt, dass sie sagen, was nicht geht, aber wenn wir nachhaltig die Struktur der Stadt für die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger stärken wollen, müssen wir uns sehr konzentriert auf die notwendigen Projekte konzentrieren und keinen Träumereien nachhängen. Alles ist machbar, wenn das Geld da ist – nur leider ist Darmstadt nicht in dieser Situation. Damit einhergehend, führen die vielen Projekte und Gedankenspielerien zu einer Überlastung der Verwaltung, die permanent am Ausarbeiten von Konzepten, Studien, Ideenwettbewerben u.ä. ist, die dann eh in der Schublade verschwinden, weil die nötigen finanziellen Mittel fehlen. Sinnvoll finde ich eine Konzentration auf die wichtigsten Projekte, die den Bürgern zugute kommen – und diese dann aber auch zeitnah umsetzen und nicht immer nur darüber reden.

Weniger Konzepte, mehr Realisierung / Umsetzung

Es ist ein Element des politischen Geschäftes, Versprechungen zu machen und Erwartungen zu wecken. Das ist naturgemäß leichter als diese dann zu realisieren. Ich plädiere dafür, sich in der Verwaltung auf wesentliche Projekte zu konzentrieren und diese ordentlich zu erledigen - statt Ankündigungslawine lieber mal "Mut zur Lücke".

In die Planungen für den Haushalt sollten daher nur Projekte und Maßnahmen aufgenommen werden, die auch realisiert werden können.

Das gilt auch für die vielen Konzepte, mit denen man/frau suggerieren möchte, über den Tellerrand zu schauen und für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein. Zudem wird der Anspruch der Bürger, mitzureden besonders gerne bei der Erstellung von Konzepten berücksichtigt – viele Konzepte gleich gute Bürgerbeteiligung. Verdrängt wird dabei, dass diese Prozesse oft aufwendig sind und personelle Ressourcen binden und zwar die gleichen Fachleute in der Verwaltung, die auch zur Realisierung erforderlich sind.

Daher - weniger Konzepte, Studien und Ideenwettbewerbe für die Schublade, sondern wenn schon Konzepte, dann auch umsetzen (Klimaschutz, Sportentwicklung). Wenn klar ist, dass ich kein Geld habe, Konzepte umzusetzen, muss ich sie erst gar nicht machen oder zumindest darauf achten, dass sie (auf Empfehlung externer Fachbüros ?) nicht aufgebläht werden – statt Masterplan 2030+ erst mal Lösungen zu Mobilität und Wohnraum.

Es geht darum, das zu erhalten, was wir haben - es wird nicht viel Neues dazu kommen. Das muss ehrlich kommuniziert werden. Phantasie in der Umsetzung ist nötig - urban gardening, Bürger pflanzen Bäume etc. Gemeinwesen muss für jeden einzelnen mehr in den Mittelpunkt rücken. Das heißt auch, bei der Bürgerbeteiligung das Prozedere, die Leitlinien dafür nicht "überakademisieren", lieber im Tagesgeschäft mehr auf kleine und große Beschwerden reagieren – da fühlen sich die Bürger ernst genommen.

Schwerpunktt Themen:

Sanierung der Infrastruktur - gleichzeitig Beachtung des Schuldenstandes

Die Sanierung der städtischen Infrastruktur (Straßen, Schulen, KiTas, Brücken !! Spielplätze) ist eine große Herausforderung in finanzieller Hinsicht und auch in der Planungsphase und der Realisierung. Die Zahl der Arbeitsplätze zeigt, dass die Stadt attraktiv ist. 120.000 Arbeitsplätze in Darmstadt, ca. 70.000 Pendler pro Tag. 40.000 Studenten in Darmstadt und immer mehr Menschen, die hier wohnen (wollen) und diese Infrastruktur erwarten. Das gilt auch für Einwohner bzw. Mitarbeiter von Unternehmen, die nur wenig Geld in die Stadtkasse bringen - GSI, Fraunhofer, TU, HDA, RP, Rechnungshof, ESOC/ESA, Eumetsat u.a. zahlen keine Gewerbesteuer aber ihre Beschäftigten erwarten (zu recht) eine gut funktionierende Stadt.

Die finanzielle Situation der Stadt erlaubt eigentlich keine großen Investitionen, der Schuldenstand wird 2018 bei ca. 1 Milliarde Euro liegen und das obwohl wir über den sog. Schutzschirm 185 Mio. Euro Schulden losgeworden sind. Das Hess. Finanzministerium verlangt die Tilgung der Kassenkredite, d.h. bis 2032 sind ca. 230 Mio. Euro zusätzlich zu den Mitteln für Investitionen erforderlich, im Schnitt pro Jahr ca. 15 Mio. Euro Jahr.

Verwaltungschef – Personalvorstand

Der Oberbürgermeister trägt Verantwortung für etwa 2.000 Mitarbeiter in der Verwaltung direkt und als Aufsichtsrat indirekt bei städt. Unternehmen (HEAG, Entega, u.a.) für weitere 9.000 Menschen.

Für die städt. Mitarbeiter müssen ordentliche Arbeitsplatzbedingungen geschaffen werden, auch als Motivation für gute Arbeit und für Veränderungen. In einigen der Bürogebäude sind die Arbeitsbedingungen eine Zumutung, das muss sich ändern. Gleichzeitig ist Ehrlichkeit des Verwaltungschefs gefordert, klar zu sagen, dass alle mit möglichst wenig Etat möglichst viel schaffen müssen.

Die Hälfte der städt. Mitarbeiter ist über 40 Jahre alt und geht in den nächsten 15-20 Jahren in den Ruhestand. Damit geht nicht nur viel Wissen und Erfahrung in Rente, es werden wohl kaum ebenso viele neue Mitarbeiter eingestellt werden können.

Daher müssen verwaltungs-interne Prozesse und Arbeitsabläufe verbessert werden, um die gleichen Aufgaben mit weniger Leuten bzw. mehr Angebote mit gleicher Mitarbeiterzahl zu schaffen

Virtuelles Bürgerrathaus

Das Vorhaben "Zentrales BürgerRathaus für 110 Mio. Euro" ist gestoppt, ein "virtuelles Bürgerrathaus" wäre eine gute Alternative. Das bedeutet, mehr Service-Leistungen und verbessert über das Internet anbieten wie z.B. echte Online Terminvereinbarung beim Einwohnermeldeamt, Formulare und Anträge online ausfüllen statt ausdrucken und faxen.

Außerdem könnten zur Verbesserung des Bürgerservice mehr Infos eingestellt werden, z.B. die Belegung der Bürgerhäuser oder auch ein elektronischer Kummerkasten mit der Möglichkeit, zu sehen was aus den Beschwerden geworden ist.

Insgesamt würde ich dieses sog. e-Government verbessern - wozu haben wir das IT-Know-How dazu hier vor Ort bei den Forschungsinstituten und IT-Firmen.

Schaffung und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum

Die Nachfrage nach Wohnungen lässt Mieten und Preise für Wohnungseigentum seit Jahren steigen, nicht nur in Darmstadt. Flächen für Wohnbebauung sind knapp – besonders in DA.

Im Norden verhindert die Flug(hafen)lärmkeule die Ausweisung neuer Wohngebiete und ansonsten ist die Stadt von Wald umgeben. Kurz- und mittelfristig gibt es auf den ehemaligen Militärgelände Flächen zum Bauen - Lincoln, Jefferson, Cambrai-Fritsch, Starkenburg-Kaserne.

Wir müssen offen sein für andere Möglichkeiten, sei es "Attraktives Wohnen - in der Höhe", d.h. Neubauten höher als derzeit üblich und Nachverdichtung durch Aufstockung. Dabei kann auch statt teurer Penthauswohnungen ein "kleines Haus auf dem Haus" aufgesetzt werden wie dies in Frankfurt und Berlin (cabin spacey) bereits ausprobiert wird.

Wir müssen auch eine grundsätzliche Frage beantworten – sind wir bereit, Wald (im Westen, Süden, Osten) zu "opfern" für Wohnungen? Ist es vertretbar z.B. zwischen Lincoln/Barbara-Siedlung und den ersten Häusern Eberstadts eine Reihe Häuser westlich entlang der Heidelberger Strasse zu bauen. Infrastruktur (Straße, Abwasser, Strom, etc.) sowie ÖPNV sind schon vorhanden, die Frage ist - wie wertvoll sind die Bäume entlang der Strasse?

Können wir Wohnen im Umkreis von DA attraktiver machen mit einem besseren ÖPNV-Angebot oder führt dies auch dort schnell zu stark steigenden Mieten?

Festlegung eines Wohnungsmix halten wir für eine Möglichkeit, einerseits den klassischen sozialen Wohnungsbau zu forcieren, andererseits das Angebot im mittleren Preissegment zu stärken für diejenigen Personen, deren Einkommen höher ist als die Grenze für eine Sozialwohnung - Arbeiter, Angestellte, vermutlich die Mehrzahl der Darmstädter.

Auf Antrag von Uffbase Antrag wurden in der Lincoln-Siedlung Wohnungen für Personen mit mittlerem Einkommen geschaffen. Das gleiche muss für alle Bauvorhaben ab einer gewissen Größe erreicht werden - durch Vorschriften der Stadt und durch Verhandlungen mit den Investoren. Darin sind sich (fast) alle politischen Akteure einig.

Die Bauverein AG als städt. Tochter mit ihren fast 12.000 Wohnungen soll ebenso dazu beitragen, dass bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt. Derzeit gibt es da einen Zielkonflikt:

Die Bauverein AG soll **a)** günstige Sozial-Wohnungen bauen, **b)** ihre alten Wohnungen sanieren, **c)** die Mieten insgesamt niedrig halten und **d)** Gewinne an die Stadt ausschütten

Die Durchschnittsmiete ist 6,75 Euro und 75% der Wohnungen liegen zwischen 4 und 8 Euro. Darunter sind allerdings auch viele alte Wohnungen, die saniert werden müssen. Dabei wäre es für mich wichtig, es mit der Modernisierung nicht zu übertreiben, sondern sich auf die wirklich sinnvollen Maßnahmen zu beschränken. Vorzeigeobjekte sind häufig zu teuer.

In den letzten Jahren hat die Bauverein AG hohe Extra-Dividenden gezahlt aus den Erlösen des Verkauf der Wohnungen in Freiberg und der HEGEMAG-Wohnungen Nordhessen. Künftig muss die Gewinnausschüttung deutlich niedriger sein, sich an der 4%-Rendite orientieren, die als Obergrenze galt beim ehemaligen sog. Gemeinnützigen Wohnungsbau.

OB-Wahl 2017 – Themen Kerstin Lau

Verbesserung des ÖPNV durch günstigere Tickets, besseres Angebot

Steigende Einwohnerzahlen in Darmstadt erfordert neue Mobilitätsangebote. Die Verkehrsflächen für Fußgänger, Radfahrer und Kfz lassen sich nicht beliebig vergrößern und Pendler wollen nicht jeden Tag im Stau stehen.

Ein verbessertes Angebot des Öffentlichen-Personen-Nah-Verkehr schafft Anreize zur Nutzung des ÖPNV – bessere Abdeckung durch mehr Linien und Haltestellen, besserer Service durch barrierefreie und behindertengerechte Fahrzeuge und Haltestellen sowie Fahrradmitnahme, Raum für Kinderwagen und nicht zuletzt aktuelle Informationen.

Billigere Kurzstreckentickets sowie eine Jahreskarte für 365 Euro (Wiener Modell) vereinfacht das Tarifsystem und schaffen Anreize zur Nutzung – "wenn ich schon mal die Jahreskarte habe, nutze ich die auch, fahre ich häufiger".

Für einen guten ÖPNV über die Stadtgrenzen hinaus arbeiten DADINA im Landkreis und RMV für die ganze Region Südhessen zusammen, das ist gut so aber erfordert für Tarifänderungen auch ein abgestimmtes Vorgehen. Daher haben wir uns für als Übergangslösung für ein sog. Sozialticket eingesetzt, mit einem Budget von 300 000 Euro zum 1.7.2017, um einfach mal zu beginnen. Damit werden den Inhabern der Teilhabekarte, d.h. vor allem den Empfängern staatlicher Unterstützung in Darmstadt ein Zuschuss zu Monatskarten im Stadtgebiet gezahlt.

Die Kosten des ÖPNV können nicht über den Fahrscheinverkauf gedeckt werden. Als Zuschuss zahlt die Stadt Darmstadt ca. 40 Mio. Euro für Straßenbahnen (9 Linien) und Busse (45 Linien), die im Bereich der DADINA mehr als 50 Mio. Fahrgäste pro Jahr befördern. Dies wird künftig nicht ausreichen, dennoch muss der Ausbau des ÖPNV Schwerpunkt der Verkehrsplanung sein.

Stadionumbau, Stadionneubau

Ich präferiere immer noch den derzeitigen Standort Bölle. Zur Einschätzung der Verwaltung, dass ein Umbau an diesem Standort nicht möglich ist haben wir Stadtverordnete bisher weder eindeutige Belege noch die Einlassungen der Anwohner gesehen.

Die Lärmproblematik bei Abendspielen durch weggehende Besucher kann durch Parkplätze auf der östlichen Seite, der TU Lichtwiese gelöst werden, dort gibt es keine Anwohner und die TU sollte sich hier ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein. Von der Stadt finanzierte Parkhäuser i.V. mit der Lichtwiesenbahn passen zum Stadionkonzept Bölle. Es lohnt sich, mit TU und den Anwohnern nochmals darüber zu verhandeln.

Die Untersuchung der 4 Standorte bleibt abzuwarten, aber es ist offensichtlich, dass allein die Erschließung und verkehrliche Infrastruktur bei allen vier sehr teuer sein wird. Der Standort westlich der Rheinstraße liegt hier vermutlich leicht vorne, da er relativ nahe an bestehender Infrastruktur liegt, ist aber politisch schwierig - Stichwort und Streitpunkt Westwald

Hinzu kommt - ein (neues) Spieltagestadion plus das Bölle fürs Training ist sicher die teuerste Lösung – egal ob mit oder ohne Investor.